

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst. Sonntags.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk.  
ohne Postgebühren. Nur Voll-  
bezug. Befreiung bei allen Postan-  
nahmen. Geschäftsstelle Berlin S. 26,  
Lilienstr. 63. Fernr.: 9791 0453.

Einzelgenuss  
Die vierteljährliche Beilage 90 Pf.  
für Verbandsmitglieder 60 Pf.  
Bestellungsbeleg 90 Pf. Bestel-  
lungsangelegenheiten 20 Pf. Der Ab-  
druckpreis ist vorher zu ermitteln.

Nr. 6.

Berlin, den 2. Februar 1919.

35. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 6. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensowohl die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

## Im Zeichen des Aufbaues.

Was in den ersten Novembertagen durch die Wucht des proletarischen Zusammenstehens begonnen wurde, das gilt es jetzt auszubauen und seine Vollendung zu sichern. Des Volkes Wille soll das oberste Gesetz im Staate sein. Getragen von diesem Gedanken hat sich die Arbeiterschaft eine Freiheit und Bewegungsmöglichkeit geschaffen, wie sie vom vormalsigen kapitalistischen Staatswesen nie erhofft werden durfte. Als erste Folge dieser Freiheit konnten viele Millionen deutscher Staatsbürger und Bürgerinnen zum ersten Male von ihrem heiligsten Recht Gebrauch machen und mitgehen, den grundlegenden Schritt zur ordnungs- und verfassungsmäßigen Neugestaltung unseres Staatswesens zu tun. Die hohe Beteiligung an den Wahlen, die wir jetzt hinter uns haben, zeigt, daß dieses Recht ganz folgerichtig zugleich auch als vornehmste Pflicht von fast jedermann angesehen wurde.

Eine zwingende Voraussetzung für die weitere Entwicklung im Sinne der Revolution ist der beschleunigte Zusammenritt der Nationalversammlung, der in richtiger Würdigung der Lage von der Reichsregierung schon für den 8. Februar angeordnet worden ist. Was wir am notwendigsten brauchen — und immer wieder muß das gesagt werden —, das ist der baldige Frieden. Dieser erst ermöglicht es uns, dem Wiederaufbau unserer staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen Kopf und Herz voll und ganz widmen zu können, unbeeinträchtigt durch Vorkehrungen unserer Kriegsgegner. Ein baldiger Frieden würde uns menschlicher Voraussicht nach aber solange nicht werden, als eine Diktaturgewalt die Leitung des Reiches in Händen hat, wie sie in gewissem Sinne durch die Novemberereignisse geschaffen, aber doch auch da schon durch eine gemeinsame Erklärung der Reichsleitung nur als vorübergehende Erscheinung zu erkennen gegeben wurde. Das war eine glatte Selbstverständlichkeit, denn die sozialistische Idee verwirrt jede Art von Diktatur. Deshalb darf nur eine auf gesetzlicher Grundlage und vor allem auf dem Mehrheitswillen aufgebaute Regierung alle Macht in den Händen haben. Es ist nicht leere Phrase, wenn es heißt: Alles durch das Volk und für das Volk. Eine Durchsetzung des Willens der Volksmehrheit kann es unter einer sozialistischen Staatsform nicht geben und eine auf dauerndes Verbleiben eingestellte Mätregierung mit politischen Machtbefugnissen ist nicht im Willen dieser Volksmehrheit gelegen.

Der Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung hat bewiesen, nach welcher Richtung hin der Großteil unseres Volkes sein mitbestimmendes Recht über die künftige Gestaltung unserer Staatspolitik wirken lassen will. Das Millionenheer, das jetzt neu auf den politischen Kampfplatz geworfen wurde, hat gezeigt, daß es nicht an ihm lag, wenn noch ein kleiner Schritt an der absoluten Volksherrschaft fehlt. Eine geschlossene Front der Arbeiterschaft nach rechts würde ihr die unantastbare Mehrheit gebracht haben. Diese Einheitsfront aber war leider nicht da und so hat sich noch mancher durch den Bruderkrieg verleben lassen, dieselben bürgerlichen Parteien zu unterstützen, die seither schwer am Volksgangem gelündigt haben. Sie alle, die sich jetzt ein mehr oder weniger demokratisches Mäntelchen umgehängt haben, berechnen zur Irreführung der Massen, treten heute angeblich für größere Freiheiten ein, von denen man nichts gesehen hat, als ihnen selbst noch alle Macht gegeben war. Der Wechsel der Firma, den sie vollzogen, war nur darauf berechnet, mit Hilfe von Zuläusern wieder einige Gewalt an sich zu bringen. Die Uneinigkeit der Arbeiterschaft war dabei ihr stärkster Bundesgenosse. Man sollte meinen, des Prießers aufreizende Sprache würde nicht so leicht vergessen werden können von all denen, die ihm so viel schwere Opfer an Gut und Blut haben bringen müssen. Doch die Entscheidung ist gefallen in einer so freien und alles umfassenden Art, wie noch nie und nirgends eine gesetzgebende Körperschaft gewählt worden ist. Unsere Nationalversammlung kann ihre Arbeit beginnen unter vollster Würdigung des Willens unserer Bevölkerung, sie findet die Bahn frei für die Neugestaltung unseres Staatswesens ganz im Sinne unseres proletarischen Empfindens.

Nach der politischen Festigung — die zugleich den Grund zur wirtschaftlichen Wiederbelebung legen muß — und der Anerkennung durch die Kriegsgegner in Gestalt des offiziellen Friedensschlusses wird dann der volkswirtschaftliche Wiederaufbau im selben Sinne erfolgen können. Jeden Arbeiter und jeder Arbeiterin muß der volle Ertrag seiner Arbeit gesichert werden. Die kapitalistische Ausbeutung ist zu beseitigen und die Produktivität der Arbeit muß auf die höchste Stufe der Vollendung gebracht werden. Die Sozialisierung der Betriebe ist entsprechend den Lehren von Marx und Engels und der auf diesen beruhenden Erkenntnis überal dort durchzuführen, wo die kapitalistische Produktion den Reifegrad erlangt hat, der die Voraussetzung hierfür ist. Das ist heute schon in einer ganzen Reihe industrieller Unternehmungen der Fall. Auf dem gesamten Gebiete des Verkehrswezens — Eisenbahn, Schifffahrt, Straßenbahn — in der Erzeugung von Licht und Kraft — Elektrizitätswerke, Gasanstalten —, dem Bergbau und einer Reihe anderer ist das Prinzip der Staats- und Gemeinbewirtschaft schon vielfach verwirklicht. Hier heißt es auszubauen und zu verallgemeinern. Aber auch andere wichtige Zweige der Volkswirtschaft — Versicherungswezen, Bankbetriebe, Mäntelwerke, Eisenindustrie usw. — sind reif für die Sozialisierung. Und hier wird mit fester Hand und ohne Rücksicht auf das Geschrei und den Widerstand eigenmächtiger Kapitalistenkreise zuzugreifen und die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu wahren sein.

Über eines ist dabei zu beachten: Volkswirtschaft-

liche Umwälzungen in dem Ausmaße, wie sie die Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaftsformen darstellen, lassen sich nicht einfach vom grünen Tisch bestimmen. Sie müssen sich aus dem Bestehenden heraus entwickeln, wenn sie in ihrer Auswirkung nicht ins Gegenteil vom bemüht gewollten Zweck ausschlagen und Bestand haben sollen. Dieser Umwandlungsprozeß braucht die notwendige Zeit zu seiner Ausreifung, er wird sich auf Jahre hinaus erstrecken müssen und immer nur die Betriebsformen umfassen können, die sich für diese Umwandlung als ausgereift gezeigt haben. Das aber wird gerade jetzt bei vielen durch den Mangel an Betriebs- und Rohstoffen infolge des Krieges verzögert. Das soll natürlich nicht heißen, daß nun nach wie vor die Arbeiterschaft solcher Betriebe und Industrien der Willkür des Privatkapitals auf Geheiß und Verderb ausgeliefert sein sollen. Die Gesetzgebung des neuen Staates wird dafür zu sorgen haben, daß dem Arbeiter der seiner Bedeutung im Arbeitsprozeß entsprechende Einfluß auf Berufs- und Betriebsfragen wird. An vorbildlicher Großzügigkeit der Sozialgesetzgebung darf es naturgemäß auch nicht fehlen. Besonderen Schutz muß vor allem den Arbeiterinnen und den Jugendlichen gesichert werden.

Die wirtschaftliche Gesundung unseres Staatswesens kann jedoch nicht erfolgen, wenn wir als produzierende Glieder dabei nicht in denkbar weitestem Maße herangezogen werden. Die Gewerkschaften als die Vertreter der Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen sind grundlegend für unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie sind deshalb auch die ausschlaggebenden Faktoren beim Wiederaufbau unserer Friedenswirtschaft. Die vielfachen Hinfälligkeiten, die sie sich in den vergangenen Zeiten so oft bieten lassen mußten, dürfen nicht wiederkehren. Sollen die Gewerkschaften ihre gewaltigen Zukunftsaufgaben recht erfüllen können, dann ist notwendig, daß auch ihr Auf- und Ausbau umfassender erfolgt als vordem. Wer darauf Anspruch erhebt, daß seine wirtschaftlichen Interessen so vertreten werden, wie es den Zeitumständen entspricht, der muß an diesem Auf- und Ausbau auch tätigen Anteil nehmen. In den Gewerkschaften ruhen die Triebkräfte für die Ausgestaltung und die Durchführung des Arbeiterschutzes, der Sozialversicherung, des Arbeitsrechtes überhaupt und damit des größten Teiles unserer Volkswirtschaft. Die Gewerkschaften sind von jeher die vorwärtstreibenden Elemente in unserer Volkswirtschaft gewesen, sie werden es in höherem Maße auch für die Folgezeit sein müssen. Denn so liegen die Dinge heute noch nicht, daß uns alle unsere erhofften idealen Zustände als reife Früchte zufallen werden. Dazu bedarf es erst noch harter Kämpfe, und die künftige Zeit wird voll erfüllt sein von einem heißen Ringen zwischen kapitalistischen und gemeinwirtschaftlichen Produktionsformen. Unser neues, auf sozialistisch-demokratischen Grundlagen aufgebautes Staatswesen wird uns Arbeitern und Arbeiterinnen den Kampf wesentlich erleichtern und den sicheren Erfolg verbürgen, wenn alle werktätigen Kreise der Bevölkerung von ihrer Pflicht zur Organisierung ihrer Arbeitskraft den vollendetsten Gebrauch machen.



Verträge sollen nunmehr Kraft des Gesetzes für die von ihnen geregelten Arbeitsverhältnisse verbindlich und Abweichungen von ihnen nur insonderheit rechtswirksam sein, als sie im Tarifvertrag selbst grundsätzlich zugelassen sind, oder soweit sie eine Aenderung zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und im Tarifvertrag nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. Das Reichsarbeitsamt kann Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in einem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben, auf Antrag für das ganze Gewerbe allgemein verbindlich erklären. Derartige gesetzesartige Tarifverträge werden in ein öffentliches Tarifregister eingetragen und im „Reichsanzeiger“ bekanntgemacht.

Der zweite Abschnitt der Verordnung sichert die Weiterbildung der im Hilfsdienstgebiet vorgehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und erweitert sie. In allen Betrieben, Verwaltungen und Büreaus gewerblicher, landwirtschaftlicher und anderer Art, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter oder Angestellte beschäftigt werden, sind solche Ausschüsse zu errichten. Soweit sie schon bestehen, haben Neuwahlen stattzufinden. Das Wahlalter wird allgemein auf 20 Jahre herabgesetzt. Die Ausschüsse haben in Zukunft bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken, auch Unfall- und Gesundheitsgefahren in dem Betriebe bekämpfen zu helfen.

Im dritten Abschnitt wird die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten ähnlich wie im Hilfsdienstgebiet geordnet. In die Schlichtungsausschüsse sind künftig auch Frauen wählbar, und das Verhandeln ist auch ohne unparteiischen Vorsitzenden im Einvernehmen der Parteien gestattet. Für die Verkehrsanhaltstellen des Reiches und der Bundesstaaten wird je ein besonderer Schlichtungsausschuss mit ausschließlicher Zuständigkeit für den ganzen Bereich jeder Verkehrsanhaltstelle errichtet. Die Schlichtungsausschüsse sollen, auch wenn sie nicht angerufen werden, darauf hinwirken, daß Einigungsverhandlungen stattfinden und diese selbst nötigenfalls in die Hand nehmen. Auch das Reichsarbeitsamt kann die Durchführung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens selbst übernehmen oder einer bundesstaatlichen Schlichtungsstelle zuweisen. Den Gewerkschaften und den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter ist weitgehende Mitwirkung bei den Verhandlungen der Ausschüsse mit dem Arbeitgeber und dem Schlichtungsverfahren gesichert. Dies als Vorbild. Auf die näheren Bestimmungen der Verordnung kommen wir noch ausführlicher zurück.

**Berichte.**

**Hamburg-Altona.** In der am 21. Januar tagenden, von circa 1000 Mitgliedern besuchten Generalversammlung wurde nach einer Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Kollegen zunächst der Gesallenen und verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise gedacht. Rüstler schilderte dann die Bemühungen des Verbandes im verflochtenen Jahre, die Löhne gegenüber der gewaltigen Verteuerung zu erhöhen. Der Erfolg war, daß am 1. August die Kollegen eine wöchentliche Zulage von 10 Mk. und die Kolleginnen von 6.50 Mk. erhielten, eine weitere tarifliche Zulage wurde den Kollegen von 5 Mk. und den Kolleginnen von 2.50 Mk. am 1. Dezember gewährt. Der Mitgliederbestand beträgt am Jahres-schluß 448 männliche und 1712 weibliche. Damit ist gegenüber dem Jahre 1917 eine Zunahme von 943 Mitgliedern zu verzeichnen. Trotz der hohen Ausgaben für Unterhaltungen haben sich die Klassenverhältnisse günstig entwickelt. Die Wahl der Gesamtverwaltung rief eine lebhafteste Diskussion hervor. Gewählt wurden Piennig, Seebald, Edelweiß, Winte, Voigtländer, Puhleder, Schwertfeger und Kollegin Geiers; als Revidoren Konradt, Held und Pleiser. Sodann erstattete Rüstler Bericht von den Verhandlungen mit den Kartonnagenfabrikanten. Zunächst ist eine Verständigung über die vorläufigen Grundlöhne erzielt worden, höhere Löhne sollen, sobald in allen Firmen die Grundlöhne durchgeführt sind, vereinbart werden. Ein Tarifamt für die Kartonnagenindustrie wurde gebildet, von dem die Lohnunterschiede geschlichtet werden sollen. Die Verhandlungen mit den Buchdruckereibesitzern wurden verlagert, da eine Einigung nicht zu erzielen war. Die Arbeitgeber erklärten, die Buchdrucker hätten ihnen die am 1. Januar gegebenen Zulagen unter Ausschluß der Tarifinstanzen mit dem Resolvo abgeprezt. Sobald je ordnungsgemäß mit den Buchdruckergehilfen verhandelt und Vereinbarungen getroffen haben würden, sind sie auch bereit, für die

Buchbindereiarbeiterschaft Vereinbarungen zu treffen. Sie wollen dahin wirken, daß die Zulagen vom 1. Januar ab nachgezahlt werden. In der sehr lebhaften Diskussion wurde dem Vortrage vorzuziehen, nicht energisch genug vorgegangen zu sein. Die Mitglieder sehen geschlossen hinter der Verwaltung und verlangen die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen. Die Generalversammlung hielt die Erhöhung der Löhne gegenüber der unerhörten Preissteigerung sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel für dringend erforderlich und beauftragte die Ortsverwaltung, sofort energische Schritte zu unternehmen, um die Lohnfrage im Buchdruckgewerbe geregelt zu bekommen.

Ueber die Vorlesungsbilder der Vergewaltigung der Gewerkschaften (Schließung der Büreaus usw.) berichtete Piennig. In der recht lebhaften Aussprache hierüber verurteilte die Versammlung das Vorgehen gegen die von den Arbeitern selbst gebildeten Gewerkschaften und protestierte gegen 3 Stimmen gegen die Vergewaltigung und gegen die Stellung derselben unter die Kontrolle des Arbeiterrates. Die Versammlung betrachtete nach wie vor die Gewerkschaft als die berufliche Instanz zur Regelung der Berufsinteressen einschließlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Zur Wahrnehmung aller ihre Interessen berührenden Angelegenheiten bestimmt sie ihre Geschäftsführer und Vertreter selbst, sie vertritt sich daher jeden Eingriff außenstehender Personen in ihre Angelegenheiten und wird sich gegebenenfalls mit allen Mitteln zu wehren wissen. Weitere Ausführungen Piennigs über die Ablehnung der Verhältniswahl zum Arbeiterrat riefen eine stürmische Debatte hervor. Während Anzerge und Kleiserberg gegen die Verhältniswahl sprachen, traten Brunow, Kuppenbender, Schwertfeger, Arctschmer, Sende, Düßing, Grund und Rüstler für die Verhältniswahl ein. Die Versammlung erwartete gegen 3 Stimmen, daß die Wahl zum Arbeiterrat auf Grund der Verhältniswahl, wie sie den Arbeitermassen am 11. Januar versprochen wurde, erfolgt. Da unter dem bisherigen oder dem geplanten Wahlmodus ganze Verurthe, namentlich der Kleinbetrieb, von der Wahl ausgeschlossen sein würde, so finden sie die Zurücksetzung der Massen des Proletariats, die in handwerksmäßigen Betrieben arbeiten, zugunsten der Großbetriebe als eine Unterdrückung. Sie fordert daher Berechtigung auch in der Gesetzgebung des Proletariats.

**Rundschau.**

**X Die wirtschaftlichen Forderungen der Sieger.** Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien, der an den Verhandlungen der Wirtschaftscommission in Spa teilnimmt, berichtet dem „Vorwärts“:

Die Franzosen treffen Maßnahmen und stellen Forderungen, die für das Wirtschaftsleben in den besetzten und rechtsrheinischen Industriegebieten verhängnisvoll werden müssen. Der Verkehr ist von ihnen insonderheit gesperrt, daß Rohstoffe und Waren wohl von der rechten nach der linken Rheinseite, nicht aber umgekehrt befördert werden dürfen. Die rechtsrheinische Industrie muß, wenn sie arbeiten will, Erze und Stahl aus Lothringen und von der Saar und Braunkohlen und Braunkohlebriketts aus den linksrheinischen Gebieten haben. Dafür liefert sie neben anderen wichtigen Materialien Koks und Manganeze. Sperrt ist auch die Ausfuhr der Saarkohle nach Süddeutschland. Infolgedessen werden in wenigen Tagen die Gasfabriken den Betrieb einstellen müssen. Die süddeutschen Städte haben dann weder Licht noch Gaslocholegenheit.

Trotzdem fordert der Delegierte des Reichsalltags Hoch die Vierterung von Koks, Kohle und Mangangewinn in Mengen, die eine Förderung voraussetzen, wie sie bei größter Leistung üblich war. Angenommen, diese Forderungen könnten und würden erfüllt werden, die Folge wäre eine Ueberproduktion an Roheisen und Stahl. Weder die besetzten Gebiete noch Frankreich vermögen diese Produktionsmengen aufzunehmen. Einschränkung oder Stilllegung der Betriebe müßte eintreten; Zehntausende von Arbeitern kämen hier zur Entlassung. Das gleiche droht dem rechtsrheinischen Industriegebiet, wenn die Zufuhr von Erzen und Stahl, Braunkohle und Braunkohlebriketts inermehin unterbunden wird. Da weder aus militärischen noch aus politischen Gründen diese Maßnahmen und Forderungen gerechtfertigt und im Waffenstillstandsvertrage nicht begründet sind, so wird ohne sachlichen Grund die Industrie und besonders die Arbeiterchaft sowohl im rechtsrheinischen Gebiet als auch an der Saar und in Elsass-Lothringen und auch in Frankreich auf das schwerste geschädigt.

Die Folgen einer derartigen Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen politisch bewegten Zeit in einem wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiet sind nicht abzusehen. Die Arbeiterchaft Deutschlands wie auch Frankreich hat das dringendste Interesse daran, zu verhindern, daß solche Zustände eintreten.

Es muß versucht werden, die besetzten Gebiete wie bisher mit den nötigen Materialien zu beliefern. Das gleiche muß von dort aus für die rechtsrheinische Industrie erfolgen. Nur dann kann die Industrie weiterarbeiten und die drohende, jedes bisherige Maß übersteigende Arbeitslosigkeit verhindert werden. Die einseitige, nur ideobar dem Interesse der Industrie in den besetzten Gebieten dienende Forderung der Franzosen konnte deswegen von der deutlichen Delegation nicht erfüllt werden. Die Vereinbarungen müssen auf viel breiterer Basis unter Erfassung aller in Betracht kommenden wirtschaftlichen Fragen getroffen werden.

Die Franzosen haben wohl die Macht des Siegers und können es vielleicht erzwingen, daß ihre Forderungen der Form nach erfüllt werden, erreicht würde damit nichts. Die erwähnten wirtschaftlichen Folgen treten trotzdem unweigerlich ein. Nach meiner festen Ueberzeugung werden sie für die besetzten Gebiete und Frankreich schneller eintreten und verhängnisvoller sein, als für das rechtsrheinische Industriegebiet. Deswegen hoffe ich, daß es bald zu erneuten Verhandlungen kommt und eine Vereinbarung getroffen wird, die beiden Teilen dienlich ist.

**X Die Pflicht der Arbeitgeber.** Das Reichsamt für wirtschaftliche Entlohnung erläßt die nachstehende Veröffentlichung: Bei den Arbeitsnachweisen haufen sich die Arbeitslosen, die Beschäftigung suchen, denen aber nicht genügend Arbeit nachgewiesen werden kann. Dabei fehlt es auf der anderen Seite für wichtige Arbeiten an den notwendigen Arbeitskräften. Die Ernährungsindustrie klagt über Mangel an Leuten. Die Güterwagen können aus Mangel an Arbeitern nicht schnell genug entladen werden. Auch in der Kohlenförderung werden Kräfte benötigt. Dieser ungesunde Zustand kann nur beseitigt werden, wenn alle Arbeitgeber die zu besetzenden offenen Stellen unverzüglich bei dem nächsten nicht gewerksmäßigen Arbeitsnachweis melden. Nur dann ist Ausgleich zwischen Arbeitsjudenden und offenen Stellen möglich. Auch die Erwerbslosenfürsorge kann verständig nur durchgeführt werden, wenn alle vorhandene Arbeitslolegenheit den Arbeitsnachweisen bekannt ist, da Unterstützung nur denen gewährt werden darf, für die tatsächlich keine Arbeit vorhanden ist. Alle Arbeitgeber sind daher verpflichtet, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerksmäßigen Arbeitsnachweis zur Anmeldung zu bringen. Diese Pflicht haben nicht nur die privaten Unternehmer, sondern auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, ganz besonders auch Post und Eisenbahn. Für Ausgleich zwischen den verschiedenen Arbeitsnachweisen wird gefordert.

**X Deutschland im Angk. Die „Metallarbeiterzeitung“** schreibt in einem Artikel „Deutschland im Angk“ u. a. folgendes:

Man kann jetzt nicht mehr daran zweifeln, daß der Vernichtungskampf der Entente gegen Deutschland nicht nur seinen verflochtenen Machthabern, sondern dem deutschen Volke gilt. Anders ist die grausame Durchführung der unerhörten Waffenstillstandsbedingungen nicht zu erklären, zumal da Deutschland doch gar nicht mehr imstande ist, mit der Waffe Widerstand zu leisten und infolgedessen eine Wiltierung der Waffenstillstandsbedingungen von unseren Kriegsgegnern zu erwägen wäre, wenn sie ihre vielen Reden von Menschlichkeit nicht selber als eitel Heuchelei brandmarken wollen. Von den Sozialisten und der organisierten Arbeiterchaft der Ententestaaten und Amerikas können wir keine Hilfe erwarten. Dort herrscht der Siegeslaumel und die wenigen, die in diesem allgemeinen Kaufe nichtern bleiben, sind macht- und einflusslos. Von Rußland ist ebensowenig Hilfe irgendwelcher Art zu erwarten.

Unter solchen Verhältnissen müssen wir oben-dreien darauf gefaßt sein, daß uns entsehlige Friedensbedingungen auferlegt werden, Friedensbedingungen, an denen wir jahrelang werden tragen müssen. Ferner werden die Schwähungen, mit denen man das deutsche Volk während der Kriegszeit überhäuft hat, auch nach dem Kriege noch andauern und das deutsche Volk hat dem nichts entgegenzusetzen als sein gutes Gewissen. Dies und sein Vertrauen auf die Zukunft sind das einzige, was uns in der uns bevorstehenden schweren Zeit aufrechterhalten kann. Wir werden ein armes Volk sein. Das ist aber nicht unsere Schande, sondern die Schande derer, die uns so arm gemacht haben. Das deutsche Volk wird auch wirtschaftlich seinen leichten Stand haben, wenn es sich als sozialistisches Gemeinwesen inmitten kapitalistischer Staaten behaupten soll, vor allen Dingen während der nächsten Jahre. Später kann möglicherweise eine Erleichterung für uns eintreten, wenn in den Ententeländern auf den Siegesraub der Raben-lammer gefolgt sein wird, wenn die Völker zur Selbstbestimmung kommen und sehen werden, daß sie nur ihrem Kapitalismus Gut und Blut geopfert haben.

**X. Was treibt die Konsumgenossenschaften zur Eigenproduktion?** Die Arbeit unserer modernen deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung auf dem Gebiete der Eigenproduktion ist so alt wie die Bewegung selbst. Als man daranging, den Verbrauch möglichst breiter Massen unseres Volkes genossenschaftlich zu regeln, als man die Grundlage schuf, auf der allein umfassende Konsumgenossenschaftliche Arbeit möglich ist, dachte man nicht nur an die Möglichkeit, genossenschaftliche Eigenproduktion zu leisten, nein, man begann einfach damit, Genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft und genossenschaftliche Eigenproduktion gehören zusammen. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung Konsumgenossenschaftlicher Arbeit übermitteln genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft und genossenschaftliche Eigenproduktion sich gegenseitig ihre Lebendmöglichkeit. Genossenschaftliche Eigenproduktion wird einer Konsumentenorganisation nicht übertragen, ihre etwa abgegriffen, sondern sie ist ein Teil von ihr. Sie ist Wesen vom Wesen Konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsweise, was bedeutet, daß genossenschaftliche Eigenproduktion den gleichen Daseins- und Entwicklungsgesetzen folgt, nach denen sich Konsumgenossenschaftliche Arbeit überhaupt richtet.

Wenn in der Gegenwart viel von Sozialisierung die Rede ist und man dabei mit Recht auf die Eigenproduktionsbetriebe unserer Konsumgenossenschaften hinweist, so darf dabei keinen Augenblick übersehen werden, daß die genossenschaftliche Eigenproduktion organisch aus der Gesamtarbeit der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft herauswächst. Diese Arbeit muß weit genug vorgeschritten sein, um die Eigenproduktion tragen zu können. Gesunde Eigenproduktion steht nur auf den kräftigen Schultern einer genügend entwickelten Konsumentenorganisation. Ist diese vorhanden, so liegt die genossenschaftliche Eigenproduktion im Zuge Konsumgenossenschaftlicher Entwicklung. Was dann noch an Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen ist, ist nicht grundsätzlicher Art. Hier werden Einsicht und Vernunft helfen müssen. Mit Recht sagte kürzlich eine Gewerkschaftszeitung zu diesem Thema, die Arbeiter würden sich sagen müssen, daß keine unmöglichen Ansprüche gestellt werden dürften, die das Unternehmen nicht erfüllen kann. Die zurzeit herrschende Unsicherheit in unserer ganzen Volkswirtschaft, die Knappheit der Rohstoffe, ihre hohen

Preise, die allgemein gesteigerten Unkosten gestatten die Herstellung der Erzeugnisse zu billigen Preisen nicht. Die Arbeiter könnten diese Lasten nicht überleben. Eine Verständigung über die Art und Weise, wie genossenschaftlich produziert werden könne, welche Löhne gezahlt werden und welche Verkaufspreise für das fertige Produkt festgelegt werden können und müssen, sei daher Voraussetzung Konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion.

Diese Bedenken sind wesentlich. Zur Eigenproduktion gelangen die Konsumgenossenschaften in ihrer Entwicklung von selbst. Kein Wille, kein Zwang von außen kann und darf das Tempo dieser Entwicklung beeinflussen oder gar beherrschen. Die Konsumentenorganisation selber, das heißt die lebendigen Menschen, die die Träger dieser Organisation sind, schaffen die Voraussetzungen zur genossenschaftlichen Eigenproduktion. Umfang und Tempo des Wachstums werden dabei nicht durch noch so schöne Wünsche bestimmt, sondern immer nur durch das Maß der Kraft, das der genossenschaftliche Mensch seiner Organisation zur Arbeit in seinem Dienst überträgt. Kraft ist hier möglichst lückenlose Erfassung aller Verbraucher; Kraft ist Zusammentragung möglichst reicher Betriebsmittel; Kraft ist ferner Vertrauen zur Sache und vor allem Abweisung aller Unsachlichkeit, aller Spielerei und aller Ansprüche, die ersten wollen, wo der Fördernde nicht gefat hat.

### Abrechnungen

Vom 4. Quartal gingen weiter bis zum 27. Januar bei der Verbandskasse ein: Von Frankfurt a. O. — **11.**, Kottbus — **11.**, Rathenow — **11.**, Stettin 275 **11.**, Tilsit 100 **11.**, Niederleben 70 **11.**, Dessau — **11.**, Rostock — **11.**, Gau 8 — **11.**, Braunschweig — **11.**, Hannover — **11.**, Schlez 351,37 **11.**, Reiz 74,92 **11.**, Hagen — **11.**, Wlauen 200 **11.**, Zwidau 150 **11.** und von Augsburg — **11.** E. Hauelsen.

### Adressenänderungen.

**Obere** der Bevollmächtigten und der Kassierer. **B.** = Bevollmächtigter. **K.** = Kassierer. **Offen-Nahr.** B. Hans Schneider, Essen-Kuttenscheid, Carolinenstr. 30 I. **K. A. Doldbad.** Arbeiter-Zeitung, Grabenstr. 67, nachmittags von 1—3, Sonnabends von 11—1 Uhr. **Zwidau i. Sa.** B. Walter Behold, Moonstr. 1 III. **K. Artur Scheller,** Neuhäuser Leipziger Straße 46 III.

### Briefkasten.

**J. S. in W.** Beachten Sie bitte die Notiz „An unsere Mitglieder“ in der letzten Nummer unserer Zeitung. Diese gilt natürlich auch für die Zeitungsempfänger.

Auch für Jahrgang 1918 der „Buchbinder-Zeitung“ wird wieder Titel und Inhaltsverzeichnis der „Buchbinder-Zeitung“ herausgegeben. Der Versand erfolgt sofort nach Fertigstellung. Unsere Gau- und Bezirksverbände eruchen wir, bei ihren Mitgliedern Umfrage zu halten, wieviel solcher Titel verlangt werden. Es wird nur die bestellte Anzahl gedruckt und versandt.

**Nachbestellungen auf fehlende Nummern** der „Buchbinder-Zeitung“, des „Correspondenzblattes der Generalkommission“ und der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ vom Jahrgang 1918 erbitten wir ebenfalls baldigst. Nachbestellungen einzelner Nummern früherer Jahrgänge sind zwecklos, da von diesen nicht mehr vorhanden ist.

Von der Nr. 1 der „Buchbinder-Zeitung“ vom Jahrgang 1918 können Nachlieferungen nicht mehr erfolgen, da diese Nummer vollständig vergriffen ist. Wir eruchen alle Zeitungsempfänger, übriggebliebene Exemplare — auch einzelne — von Nr. 1 an uns zurückzusenden.

### Literarisches.

**Befehle und Verordnungen der sozialistischen Republik.** Unter diesem Titel ist soeben ein Leitfadens durch die wichtigsten Verordnungen und Gesetzesbestimmungen, die während der Revolution von Behördenden neuen Volksrepublik erlassen worden und erschienen. Diese Sammlung ermöglicht jedem eine schnelle Orientierung in die zahlreichen erlassenen Bestimmungen über Entlassung und Verpflegung der bisher Wehrpflichtigen, über die rechtliche Stellung, die Aufgaben und Befugnisse der Arbeiter-, Soldaten-, Betriebs- und Bauernräte und den Wahlordnungen für diese, sowie über die vielen Verordnungen, die sich auf das Wirtschafts- und Erwerbsleben beziehen.

Die Broschüre ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, zum Preise von 1 **11.** erhältlich.

### Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unsere Kollegin **Marie Feldner** gestorben ist. Ihre Ihrem Andenken die Ortsverwaltung.

### Zahlstelle München.

Unserm langjährigen Mitglied **Hans Braun und seiner Gattin** die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit. Die Ortsverwaltung.

### Papiergeschäft, konturrenzlos.

In nahem Vorort Berlins, mit dazu gehörender 2 Zimmer-Wohnung unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Off. an Oster, Berlin, Köpenicker Str. 88 III.

**Urgen Todesfall zu verkaufen:** Eine

### Papierschnidemaschine

(Rahradantrieb), 82 cm Schnittlänge, ein beid. 57 cm Schnittlänge, eine **Pappschere** (Stange), 92 cm Schnittlänge.

**Dr. Ottilie Schwinger, Schwedt a. D.**

### Für Buchbindereien

empfehle ich meinen

### Büro-Leim

in Gebinden von 25, 50, 270 **11.** Derselbe hat sich durch seine Güte und Billigkeit überall eingeführt. Probefläschen geg. Einsendg. v. 1 **11.** franco. **Georg Leopold, Versandabteilung, Berlin-Friedmann, Fregestraße 42 a.**

**Buchbindemaschinen, Material** kauft, verkauft **Hans Müller, Berlin S 42, Wasserstr. 34, Am Hertzplatz 5522.**

### Heftgarn

grau, starke Qualität, liefert in 250-gr. Duden. **H. Henford, Dortmund, Stolze Str. 9.**

## Buchbinder-Leinwand

liefern wir vorläufig noch nicht, wohl aber als anerkannt vollwertigen Ersatz unser ledernarbige, wasserdichte, kleb- und vergoldbefähigte

## Mercurpapier

in 100 cm breiten Rollen. Verlangen Sie bemusterte Offerte.

### Grünwald-Reinowiger Kunstleder-Fabriken,

**Ernst Hamburger, Grünwald bei Gabeln a. N., Böhmen.**

**Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel** kleben nur noch mit

## Wiril Klebstoffen

(D. R. P. a.)

### Glänzende Begutachtungen.

Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc. Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten

## Chemisch-technische Werke Willybald Richter

Leipzig, Querstrasse 4-6, Telefon 3049.

Telegraph-Adresse: Wirilwerke.

## Lohntarif für Buchbinderarbeiten

Preis für Mitglieder 1,20 **11.**, einschließlich Porto (bei Parteibezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,40 **11.**

## Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten

Preis für Mitglieder 80 Pf., für Nichtmitglieder 1,30 **11.**

Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geldsendungen sind nur an E. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I, Postfachkonto Nr. 23210, zu richten.